



WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.

Willi-Eichler-Akademie e. V. und Willi-Eichler-Bildungswerk

Wir suchen den Dialog zu allen, die den politischen Diskurs im Sinne unserer Grundwerte führen und politisches Engagement als einen wichtigen Pfeiler unserer demokratischen Ordnung sehen.

Wir bieten Programme und Fortbildungen an, die die Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung ermöglichen. Neben allgemeinen politischen Themen richten wir uns aber auch mit einem Qualifizierungsprogramm an diejenigen, die sich engagieren wollen und hier Unterstützung und Fortbildung suchen.

Wir analysieren aktuelle Trends und nachhaltige Entwicklungen mit dem Schwerpunkt auf dem kommunalpolitischen Ehrenamt. Dies gilt sowohl für die persönliche als auch für die inhaltliche Qualifizierung. Im Rahmen eigener Projekte oder im Auftrag bietet die Willi-Eichler-Akademie eine fundierte Basis und Struktur für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Themen an.

Wir verstehen uns auch als Netzwerk und führen Entwicklungen, Themen und Personen innerhalb der Region zusammen. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Bildungswerken in NRW und Partnern, die an ähnlichen Fragestellungen interessiert sind. Wir bieten unsere Leistungen an und suchen den Austausch von Ideen. Hintergrundgespräche und Networking-Veranstaltungen bieten den Raum für Gespräche und Begegnungen. Wir informieren über aktuelle Trends im Bereich der Public Affairs, der politischen Kommunikation und des politischen Campaigning. Dies geschieht durch Veranstaltungen, Publikationen, unseren Rundbrief und aktuelle Informationsangebote im Online-Bereich.

Impressum

Willi-Eichler-Akademie e.V.
Rubensstraße 7-13, 50676 Köln
Vorsitzender: Martin Schilling

Layout/Gestaltung und Druck
graphik und druck, Dieter Lippmann, Köln

Bildnachweise:
pixabay ©, <https://unsplash.com/> ©

IMPULSE

Solidarität 4.0

Plädoyers für eine solidarische Gesellschaft

JANUAR 2019

WWW.WEB-KOELN.DE

3

Eine Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn Solidarität gelebt wird.

Das Projekt „Solidarität 4.0“ – ein Veranstaltungsrückblick

Solidarität sollte einen zentralen Wert in unserer Gesellschaft repräsentieren. Solidarität mit seinen Mitmenschen, der Umwelt und auch zukünftigen Generationen ist elementar für eine positive Gestaltung von Gesellschaft und Politik. Das Willi-Eichler-Bildungswerk hat sich dieser Themen im Rahmen des Projektes „Solidarität 4.0“ angenommen und in Veranstaltungen von verschiedenen Seiten beleuchtet.

Wir möchten an dieser Stelle einen Rückblick auf die Veranstaltungen 2018 werfen.

Anfang Januar 2018 wagten wir uns erstmals an das Konzept BarCamp, eine sogenannte Unkonferenz, bei der die Teilnehmenden die Inhalte frei bestimmen und präsentieren dürfen. Thema des BarCamps war „Solidarität 4.0 – Solidarität im digitalen Zeitalter“, bei dem wir herausfinden wollten, welche Vorstellungen und Ideen die Menschen von Solidarität in heutigen Zeiten haben. Interessant war zu beobachten, wie unser Verständnis von Begriffen wie Digitalisierung, Globalisierung und Solidarität variiert.

Im Anschluss an das BarCamp wurde eine vierteilige Reihe konzipiert, die beleuchtet hat, welche Prozesse eine Politik für Alle beeinflussen.

Die erste Veranstaltung fand im Juni statt und widmete sich der ideengeschichtlichen Entwicklung der Solidarität. Von Aristoteles bis Marx beleuchtete Dr. Stephan Zimmermann die verschiedenen Philosophen, die einen Beitrag zur Entwicklung der Menschenrechte und des Gemeinwohls erarbeitet haben. Somit wurde die Grundlage geschaffen, um zu erkennen wie der Begriff Solidarität zur Zeit der Industriellen Revolution zu einem wichtigen Begriff der Arbeiterbewegung werden konnte.

Im September fand die zweite Veranstaltung statt, die sich um das Thema „Wirtschaft ohne Wachstum“ drehte. Christine Kliemann von der Organisation DeGrowth hinterfragte in ihrem Vortrag, inwiefern

wir wirtschaftliches Wachstum noch brauchen und ob es nicht Alternativen gibt, die Raum für eine sozial gerechtere und ökologisch nachhaltigere Gesellschaft schaffen.

Unser nächster Gast im Oktober war Max Bank von LobbyControl, der zum Thema Lobbyismus und Handelspolitik in Brüssel referierte. In dem Vortrag wurde beleuchtet, in welchem Ungleichgewicht die Interessenvertretung, und so auch die Einflussnahme, in Brüssel verteilt ist. Es wurde deutlich, dass vor allem Unternehmen und Wirtschaftsverbände einen privilegierten Status in Brüssel genießen und Interessen von NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine eher untergeordnete Rolle spielen. Die Verantwortung der Politik den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, Entscheidungsfindungen transparent darzustellen, kristallisierte sich als eines der wichtigsten Themen des Abends heraus.

Die abschließende Veranstaltung der Reihe fand im November statt. Unser Gast Dr. Norbert Walter-Borjans, ehemaliger Finanzminister Nordrhein-Westfalens, stellte sein spannendes und wichtiges Buch „Steuern – Der Große Bluff“ vor. Auch wenn viele Menschen vor dem Thema Steuern zurückschrecken, sind Steuern eines der zentralen Mittel, um Gerechtigkeitsfragen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu adressieren. Walter-Borjans veranschaulichte, welche Mythen und Probleme es im Kampf um eine gerechte Steuerpolitik gibt, und plädierte für eine größere öffentliche und transparente Debatte. Dass das Thema nicht unbedingt trocken sein muss, veranschaulichte er mit Anekdoten aus seiner Zeit als Finanzminister, in der er Steuer-CDs aus der Schweiz ankaufte und so dem Staat sieben Milliarden Euro sicherte.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Beteiligten und Teilnehmenden, die dieses Projekt so interessant und spannend gestaltet haben! ■



Solidarität – Wert oder Worthülse?

Es wird wieder viel über Solidarität gesprochen. Nehmen wir die Europäische Union als Beispiel. Die aktuellen Herausforderungen der europäischen Flüchtlingspolitik spalten die EU. Die Forderungen nach einem solidarischen Verhalten in der Flüchtlingspolitik werden lauter. Immer wieder stolpert man über den Begriff der Solidarität, sie wird eingefordert und an den Pranger gestellt. Es lässt sich also behaupten, dass der Begriff der Solidarität einen wichtigen Wert in unserer Gesellschaft und Politik widerspiegelt. Aber ist dies der Fall? Ist Solidarität noch ein Wert oder doch nur eine Worthülse? Der Begriff der Solidarität repräsentierte einmal die Kraft der Arbeiterbewegung. Politisch geprägt im 19. Jahrhundert verkörperte die Solidarität eine Bewegung, ein Gefühl und einen Wert. Auch im 19. Jahrhundert gab es das „Wir“- und „Die Anderen“-Gefühl. Die Arbeiterbewegung solidarisierte sich, organisierte sich und setzte sich für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen ein. Im marxistischen Gedanken gab es die Arbeiterklasse und die Oberschicht, die die Arbeiterklasse ausbeutete und unterdrückte. Vereinfacht gesagt waren die Machtstrukturen und die Verteilung der Macht einfacher zuzuordnen. Das „Wir“- und „Die Anderen“-Gefühl konnte einfacher generiert werden. Folgt man dieser Theorie, muss man sich heute die Frage stellen, ob es in unserem globalisierten Zeitalter noch möglich ist das „Wir“ und „Die Anderen“ so einfach zuzuordnen. Wer ist das „Wir“ und wer sind „Die Anderen“?

Was ist passiert?

Eine Strömung, die vor allem in westlichen Ländern das Gefühl des gesamtgesellschaftlichen „Wir“ ausdifferenziert haben könnte, ist die der Identitätspolitik. Die Politisierung der Identitätsfrage entstammt aus konservativen Kreisen im späten 18. Jahrhundert, hat sich jedoch vor allem zu einer Kraft der linken Intellektuellen entwickelt. Im Zuge der Bürgerrechtsbewegungen in den 60er Jahren kann man behaupten, dass sich der Fokus vom Klassenkampf auf den Kampf der Identitäten verschoben hat. Das Ziel verschob sich dahin, Minderheiten und politisch nicht Repräsentierte in den Fokus der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit zu rücken. Diver-

sität und Differenzierung in die öffentliche Debatte zu bringen, ist unheimlich wichtig. Wir müssen verstehen, dass der Mensch aufgrund seines Geschlechts, seiner Hautfarbe oder seiner Religion eine andere Realität lebt, als man sie selbst wahrnimmt. Fokussiert sich die Debatte jedoch zunehmend auf die Diversität der einzelnen Gruppen, so kann ein gesamtgesellschaftlicher Zusammenhalt schnell abnehmen. Wer sich nur noch mit der Gruppe identifiziert, die er als nächstliegend betrachtet, der läuft Gefahr, die Realitäten der anderen zu missachten.

Die Fronten scheinen verhärtet. Man kann ja nicht verstehen, was andere Gruppen durchmachen und wie sie ihre Realität erleben. Theoretisch kann ich das auch nicht. Aber wäre es nicht schön und bereichernd, wenn wir uns wieder mehr dem Anderen öffnen würden? Für eine progressive Gesellschaft ist dies notwendig. Wir müssen uns anhören, was die Populisten zu sagen haben. Wir müssen uns anhören, was die Feministinnen zu sagen haben. Wir müssen uns anhören, was die Flüchtlinge zu sagen haben. Auch wenn wir die Meinungen anderer persönlich nicht vertreten, müssen wir ein Verständnis dafür entwickeln, warum, und durch welche persönlichen Erlebnisse, jemand seine Meinung formt. Sonst ist Solidarität nur noch eine Worthülse und kein Begriff mit Wert mehr.

Was im Zuge eines zwischengesellschaftlichen Dialogs dann unabdingbar ist, ist es einen politischen Gegenpart zu haben, der die Debatte aufgreift und durch politische Entscheidungen eine Richtung bestimmt. Die Globalisierung hat unsere Weltordnung schnell und tief verändert. Die Wirtschaft diktiert in vielen Bereichen die Leitlinien unserer Politik. Das Problem damit ist jedoch, dass die Wirtschaft nicht unbedingt ein Interesse an einer Politik für Alle hat, die sozial, ökologisch und gerecht ausgerichtet ist. Muss sie auch nicht. Die Ausrichtung unseres kapitalistischen Systems fokussiert sich zunehmend auf Innovation, Effizienz, Wettbewerb und Optimierung.

Solidarität kann nur in einem Zusammenspiel zwischen Politik und Gesellschaft funktionieren und existieren. Wenn Themen, die die soziale Ungleichheit angehen würden, in der Politik nicht radikal



angegangen werden, weiterhin aber der Appell nach mehr Solidarität kommt, ist der Begriff momentan tatsächlich nicht mehr als eine Worthülse. Was ich in letzter Zeit beobachtet habe, ist eine Gesellschaft, die sich zunehmend „kapitalisiert“. Das Neoliberale hat nicht nur großen Einfluss in unserem politischen System gewonnen, sondern langsam, aber sicher auch einen zentralen Platz in unserer Gesellschaft gefunden.

An vielen Stellen wird Egoismus erkennbar – ein aggressiver und schroffer Umgang der Menschen untereinander scheint fast alltäglich. Natürlich gibt es auch viele höfliche und respektvolle Menschen, aber sitzt man in der Straßenbahn und beobachtet das Geschehen, so ist es für mich eher eine positive Überraschung, wenn jemand von seinem Handy aufguckt und einer älteren Dame den Platz anbietet. Woran liegt das?

Meiner Meinung nach hat der Kapitalismus den Eindruck verschärft, dass jeder nur auf sich selbst schauen sollte, um Erfolg zu haben. Das neoliberale System ist geprägt von Wettbewerb, Effizienz und einem starken Kosten-Nutzen-Kalkül unterworfen. In vielen Kreisen hat sich das Denken verbreitet, dass jeder es zu etwas bringen kann, denn die freie Marktwirtschaft diskriminiert niemanden. Ich höre immer wieder, dass die, die es nicht nach oben schaffen, selbst schuld seien. Dass allerdings vor allem diejenigen von dem System profitieren, die in einer ausgesprochen guten Ausgangslage sind, wird oft nicht erwähnt. Auch so kann Solidarität schwinden.

Auch soziale Medien werden zunehmend für die eigene Darstellung benutzt. Wir vermarkten uns auf Instagram, LinkedIn und Xing. Wir vernetzen uns zwar mit anderen Menschen und gehen in den „Austausch“, allerdings ist dieser heutzutage oft von einem

Kosten-Nutzen-Kalkül geprägt. Von wem kann ich am meisten profitieren? Ein soziales Netzwerk ist wichtig, aber vielleicht sollte es von Sympathien und gemeinsamen Werten getragen werden.

Neulich bin ich bei LinkedIn über einen Artikel gestolpert, der Empathie als schädlich für Betriebe und Führungspositionen dargestellt hat. Solidarität lebt von Empathie. Vielleicht sollten wir alle einmal inne halten und uns überlegen, welche Werte uns heute noch antreiben. Jedes Individuum trägt Eigenverantwortung für sich, aber auch für die Menschen in seinem Umfeld. Eine Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn Werte wie Empathie und Solidarität gefördert und gelebt werden.

Natürlich gibt es viele Menschen, die diese Werte verkörpern. Das kann man vor allem im ehrenamtlichen Engagement beobachten. Es wäre aber genauso empfehlenswert, wenn die Politik diese Werte stärker unterstützt. Dank der sozialen Medien werden die drastischen Folgen und Auswirkungen der Globalisierung immer deutlicher. Soziale Medien können Transparenz und das Bewusstsein für diese Prozesse immens stärken. Solidarität muss heute global gelebt werden. Wenn ich erfahre, dass eine Arbeiterin in China pro produzierte Spielzeugpuppe nur einen Cent bekommt, sollte ich solidarisch sein und mich dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen besser werden. So stellen die sozialen Medien ein Werkzeug für ein solidarisches Miteinander dar. ■

Marie Knäpper
Projektleitung „Solidarität 4.0“
beim Willi-Eichler-Bildungswerk

Solidarität tut not, weil der soziale Frieden bedroht ist

Seit geraumer Zeit wächst die soziale Ungleichheit – in Deutschland ebenso wie fast überall auf der Welt. Wie in mehreren Armuts- und Reichtumsberichten dokumentiert, zeigt sich die Verteilungsschiefelage vornehmlich beim Vermögen, das sich zunehmend bei wenigen Hyperreichen konzentriert, die über riesiges Kapitaleigentum verfügen und meistens auch große Erbschaften machen. Die reichsten 45 Familien besitzen nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Bevölkerung. 13,4 Millionen Menschen gelten hierzulande als von Armut betroffen oder bedroht. Sie haben weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung, was für einen Alleinstehenden 999 Euro im Monat entspricht.

Die soziale Spaltung des Landes zieht eine sozialräumliche Spaltung nach sich: Regionen entwickeln sich ganz unterschiedlich, und die Großstädte zerfallen in Luxusquartiere, wo sich die Reichen hinter hohen Mauern verschanzen oder von privaten Sicherheitsdiensten bewachen lassen, einerseits sowie Elendsquartiere am Stadtrand, wo sich die Armen, Arbeitslosen und Abgehängten konzentrieren, andererseits.

Letztlich gefährdet die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich den sozialen Frieden, weil sie auch zu einer politischen Spaltung der Bundesrepublik führt. Zumindest ganz Reiche sind auch politisch einflussreich, wohingegen sich Arme ohnmächtig fühlen und ihre Interessen parlamentarisch nicht mehr vertreten sehen.



Deshalb nehmen sie auch kaum noch an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teil: Mancherorts ist die Wahlbeteiligung in den Villenvierteln um 50 Prozentpunkte höher als in abgehängten Quartieren. Die soziale Polarisierung führt zur Entpolitisierung und zu einer Krise der repräsentativen Demokratie, weil sich große Teile der Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.

Da die Abstiegsangst vieler Mittelschichtangehöriger zugenommen hat, saugen rechtspopulistische Parteien wie die AfD und Gruppierungen wie PEGIDA Honig aus der zunehmenden Verteilungsschiefelage, die ihre demagogische Propaganda als Ergebnis der Machenschaften korrupter „Alteliten“ und einer Welle der Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme deutet. Arbeitsmigranten, Geflüchtete und Muslime werden zu Sündenböcken für die Zunahme der sozialen Ungleichheit gemacht.

Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken will, muss hingegen die Kluft zwischen Arm und Reich schließen. Dazu bedarf es der Umverteilung von Oben nach Unten und einer Steuerpolitik, die starke Schultern stärker belastet. Ein höherer Spitzensteuersatz wäre ebenso nötig wie eine stärkere Besteuerung großer Vermögen, Erbschaften und Schenkungen. Nur dann verfügt der Staat über genügend Finanzmittel, um die Probleme einer auseinanderdriftenden Gesellschaft zu lösen. ■

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrte bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt sind seine Bücher „Armut“, „Hartz IV und die Folgen“ sowie „Grundeinkommen kontrovers“ erschienen.

Internationale Solidarität: Wohltätigkeit oder Pflicht?

Die Frage, wer mit wem eigentlich noch solidarisch ist, begegnet uns immer wieder aufs Neue. Mit dem rasanten Wandel unserer Welt sind auch die Verflechtungen und wechselseitigen Abhängigkeiten gewachsen. – Was am anderen Ende der Erde passiert, betrifft auf einmal uns ganz persönlich. Das hat uns der außerordentliche Zuzug von Geflüchteten aus Syrien, Irak, Afghanistan und anderen Ländern in den letzten Jahren deutlich vor Augen geführt. Dass nur ein verschwindend kleiner Bruchteil die gefährliche Reise über den Balkan oder das Mittelmeer auf sich genommen hat, ist in unserer medialen Berichterstattung allerdings untergegangen.

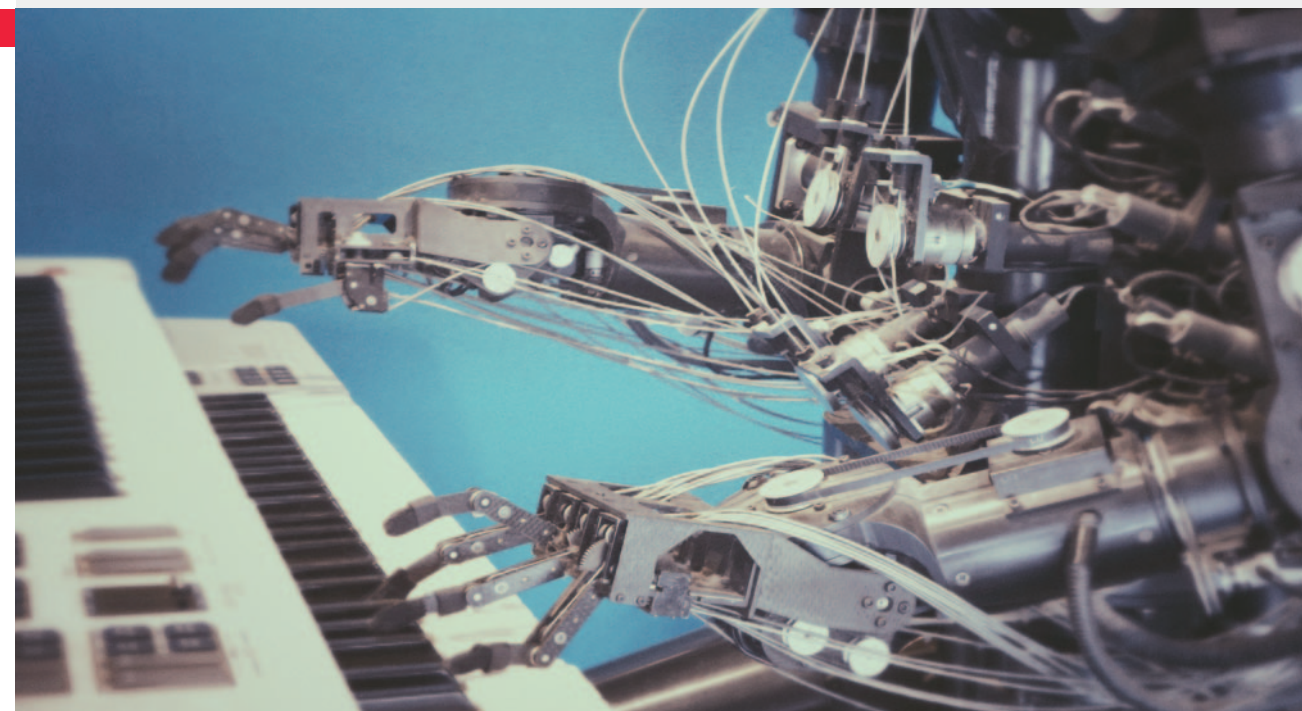
Klar ist: Die Flüchtlingskrise findet nicht bei uns statt. Für viele Länder, wie die Türkei, ist sie bereits seit vielen Jahren Realität. 68,5 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, Nachbar- und Transitländer bis auf das Äußerste beansprucht. 85 % der Geflüchteten finden Schutz in Ländern mit niedrigem bis mittlerem volkswirtschaftlichem Einkommen. Europa hat bis Ende 2017 rund 2,6 Millionen Schutzsuchende aufgenommen – von 68,5 Millionen schutzsuchenden Menschen.

Über 200 Jahre nach Kants Idee des Weltbürgerrechts zur Regelung der Beziehungen zwischen Individuen und ausländischen Staaten scheint die internationale Gemeinschaft noch nicht wesentlich weitergekommen zu sein. Die Einigung auf gemeinsame Werte und tragende Säulen wie die Genfer Flüchtlingskonvention haben die globale Flüchtlingskrise nicht aufhalten können. Die Frage einer neu strukturierten Asyl- und Migrationspolitik und einer Aktualisierung der vereinbarten Werte und Prinzipien ist zentraler als je zuvor.

Gleichzeitig zerfällt die Macht der Nationalstaaten. Sie sind zu klein, um die entstehenden ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Probleme zu meistern, doch scheinen zu groß, um Themen wie transnationale Migration staatsübergreifend zu lösen.

Mit der Verabschiedung der New Yorker Erklärung im September 2016 und der momentanen Ausarbeitung eines globalen Pakts für Flüchtlinge haben die Vereinten Nationen einen zentralen Meilenstein auf dem Weg zur globalen Verantwortungsteilung und internationaler Solidarität geschaffen. Die UN-Mitgliedstaaten erkennen hiermit an, dass Flüchtlingsschutz und Unterstützung von Aufnahmestaaten eine gemeinsame Verantwortung sind. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einem ganzheitlichen Ansatz, der humanitäre Nothilfe und langfristige Entwicklungsziele verbindet. Damit internationale Solidarität aber auch gesellschaftliche Akzeptanz erfährt und von der Zivilgesellschaft gelebt wird, braucht es unser aller Mithilfe. Jeder Einzelne kann hier aktiv werden! Denn die globale Vernetzung und Digitalisierung schafft nicht nur Abhängigkeiten, sondern gibt uns allen die Möglichkeit, Menschen persönlich und auf vielen verschiedenen Ebenen zu erreichen und zu unterstützen. Digitale Kommunikation über die Sozialen Medien ist der Schlüssel, um öffentlich mit globaler Reichweite für ein solidarisches Miteinander einzustehen. Gerade vor dem Hintergrund rechter Hetze brauchen wir eine starke Stimme im Netz für Geflüchtete und gegen Fremdenfeindlichkeit! Internationale Solidarität ist keine Wohltätigkeit, sondern eine Pflicht. Wir brauchen sie, um unser selbst willen. ■

Peter Ruhenstroth-Bauer ist Geschäftsführer der UNO-Flüchtlingshilfe, dem deutschen Partner des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)
Mehr Informationen unter www.uno-fluechtlingshilfe.de



Zukunft der Arbeit Interview mit Cornelia Daheim, Gründerin von Future Impacts Consulting

Marie Knäpper:
Sie betreiben Zukunftsforschung. Was kann man sich unter dem Feld vorstellen?

Cornelia Daheim:
Tatsächlich sehr viel. Es gibt verschiedene Arten der Zukunftsforschung – die, die wir betreiben, geht von der Annahme aus, dass man die Zukunft nicht exakt vorhersagen kann. Das bedeutet: Wir analysieren nicht nur Trends, sondern erarbeiten alternative Szenarien, die konkret werden lassen, wie die Zukunft aussehen könnte. Dabei ist auch die wertbasierte Frage wichtig, welche Zukunft wir eigentlich anstreben und welche Schritte heute umgesetzt werden können, um sich in diese Richtung zu bewegen. Es geht also auch um die Rückbindung an das Handeln heute.

Momentan sprechen zum Beispiel alle über künstliche Intelligenz und selbstfahrende Autos, und Zukunftsforscher versuchen in dem Kontext zu ermitteln, wie solche Prozesse die Gesellschaft und Arbeitswelt tatsächlich beeinflussen könnten. Zu unserem Feld gehört also auch die Analyse von heutigen Trends. Man beobachtet und ermittelt, was sich heute schon verändert hat und was sich in der Zukunft weiterentwickeln kann. Dadurch möchten wir beleuchten, wie verschiedene Entwicklungen zusammenhängen und wie sie interagieren. Wir benutzen verschiedene Methoden und Tools, allerdings liegt der Kern der Arbeit für mich im Dialog und der Kooperation mit anderen Menschen.

Unsere Arbeit beschäftigt sich dabei mit einer breiten Palette an Themen, ein Schwerpunkt ist dabei in den letzten Jahren im Thema Zukunft der Arbeit entstanden.

Marie Knäpper:
Vielleicht können wir an dieser Stelle auf die Studie „2050: Die Zukunft der Arbeit“ eingehen. Warum die Studie?

Cornelia Daheim:
„Future of Work / Tech 2050“ ist eine Studie des Millennium Projects – ein internationaler Think Tank für Zukunftsfragen in Form einer Non-Profit-Organisation. Das Projekt wurde vor 20 Jahren gegründet und ist in mehr als 60 Ländern durch „Knotenpunkte“ vertreten. Ich bin für den deutschen Knotenpunkt seit 2003 verantwortlich. In dem Projekt sind Organisationen vertreten, die sich mit der Zukunft beschäftigen und es wichtig finden, sich international zu vernetzen und zusammen zentrale Themen im internationalen Austausch zu bearbeiten. Die Debatte um die Zukunft der Arbeit hält schon einige Jahre an. Die meisten Studien zu dem Thema reichen jedoch „nur“ bis zum Jahre 2020/2030 und vermerken am Ende oft, dass es danach noch mal „richtig interessant“ werden könnte. Uns war wichtig, hier einmal die weltweite Entwicklung bis zum Jahr 2050 in Szenarien zu durchdenken, mit Fokus auf die Frage des Zusammenhangs von Technologie und Arbeit. Die Studie basiert vor allem auf Expertenbefragungen – wir haben weltweit inzwischen über 500 Experten befragt, die über mehrere Runden und Jahre in Delphis (mehrstufigen Expertenbefragungen) mitgearbeitet haben. Wichtig fanden wir diesen Ansatz einer wirklich langfristigen Perspektive, weil in der Debatte oft ein „Angstdiskurs“ und mit ihm negative Zukunftsbilder vorherrschen. Die Szenarien entwerfen bewusst sowohl eher „negative“ wie auch

eher „positive“ Zukunftsbilder unter der Annahme, dass die technologische Entwicklung Arbeit radikal verändert.

Nachdem wir die Szenarien entwickelt haben, gab es weltweit Workshops, die in etwa 20 Ländern weltweit mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Stakeholdern und Bürgern organisiert wurden. Dort wurden die Szenarien diskutiert und überlegt, was wir heute schon tun müssten, um sicherzustellen, dass eine eher positiv bewertete Entwicklung eintritt. Aktuell befinden wir uns gerade in der letzten Phase, in der wir die dort identifizierten Handlungsimplicationen weiter ausarbeiten. Ich würde an dieser Stelle gerne noch eins anmerken: Persönlich bin ich mir auch nicht sicher, ob wir eine so starke Automatisierung von Tätigkeiten haben werden, die dazu führen wird, dass wir mit steigender Arbeitslosigkeit zu tun haben, oder ob das „Verschwinden“ von Jobs durch das Entstehen neuer Arbeit kompensiert wird – das ist alles noch sehr unklar. Gerade ob dieser Unklarheit macht es jedoch Sinn, langfristige Entwicklungspfade zu durchdenken.

Marie Knäpper:

Wie wichtig ist es, den Wandel der Arbeit und die Automatisierungen von Tätigkeiten global und nicht in einem nationalen Kontext zu betrachten?

Cornelia Daheim:

Das ist eine wichtige Grundannahme. Fast alle Zukunftsthemen sind inzwischen global verwoben. Es gibt zwar Renationalisierungsbewegungen, die aus meiner Sicht eher problematisch sind, aber Probleme wie Klimawandel bis Migration sind global, und wir können sie nicht mehr bewältigen, wenn jetzt jeder sagt, ich mache mein eigenes Ding. Das ist langfristig nicht tragbar. Die Migration in den letzten Jahren hat auch gezeigt, dass sich eigentlich kein Land mehr abschotten kann. Und wenn zum Beispiel extreme Lohn- und Chancendifferenzen auf der Welt existieren, dazu eventuell noch Kriege kommen, sodass Menschen nicht mehr in der Lage sind ihren Lebensunterhalt zu sichern, werden sie sich auf den Weg machen. Das würden wir alle. Damit kommen wir langfristig im nationalen Kontext nicht zurecht und deshalb müssen wir Zukunftsthemen global denken.

Marie Knäpper:

Was sind denn mögliche Szenarien, die die Studie hervorgebracht hat?

Cornelia Daheim:

Es gibt mehrere Szenarien. Ich gehe jetzt auf die zwei extremen ein, um nicht zu weit auszuholen.

Das negative Szenario spinnt durch, was passieren würde, wenn viel Arbeit schnell automatisiert würde. Hier gilt es zu bedenken, dass viele der Experten für künstliche Intelligenz gesagt haben, dass es schneller gehen wird, als die meisten heute annehmen. Die Technologieexperten glauben, dass sehr schnell sehr viel Arbeit ersetzt wird – und wir konnten bereits beobachten, dass in den letzten Jahren viel Arbeit ersetzt wurde. In den letzten 20 Jahren haben wir auf dem Arbeitsmarkt zudem eine Polarisierung der Arbeit beobachten können, denn vor allem im mittleren Einkommens- und Bildungssegment ist die Nachfrage nach Arbeit geringer. Das negative Szenario malt aus, dass sich diese Entwicklung in den nächsten zehn bis 20 Jahren beschleunigt und einen dramatischen bis katastrophalen Verlauf annimmt. Diesen Verlauf kann man sich relativ leicht vorstellen. Viele Menschen werden viel Arbeit verlieren und können ihren Lebensunterhalt nicht mehr sichern. In vielen Ländern kollabieren die Sozialsysteme, weil sie davon abhängen, dass Menschen einzahlen. Dies hängt wiederum von ihrem Arbeitseinkommen ab. So brechen dann auch die Rentensysteme zusammen, weil auch sie davon abhängen. Das Einkommen wird immer geringer, es bricht nicht überall Krieg aus, aber es ist eine krisenartige Entwicklung. In Ländern, wo schnell viel Arbeit verschwindet, werden Menschen im größeren Stil als heute migrieren. Und zwar dahin, wo noch Arbeit ist. Dann wird man merken, dass es mehr Menschen als Arbeit gibt. Man wird merken, dass die Verteilung von Arbeit nicht mehr funktioniert und die Menschen fangen an, Selbstversorgungs-Communities zu gründen. Sie entfernen sich aus dem System Arbeit und versuchen sich ihren Lebensunterhalt anderweitig zu sichern. Aber dadurch, dass die staatlichen Systeme „bröckeln“, ist dies ein sehr krisenhaftes Szenario, es wird viele Konflikte und Verteilungskämpfe zwischen den Bevölkerungsgruppen geben. Das wäre eine kurze Zusammenfassung des negativen Szenarios, welches tatsächlich sehr „einfach“ zu entwickeln war. In einem abgeschwächten negativen Szenario kommen ein paar Länder, Branchensektoren und Bevölkerungsgruppen noch relativ gut weg.

Das „Schwierige“ (in der Entwicklung) war das positive Szenario. Da haben selbst die Experten oft gesagt, dass sie gar nicht wissen, wie sie es sich vorstellen sollen. Einer der großen Überraschungsfaktoren war, als die Frage nach Handlungsmöglichkeiten aufkam, und ein Großteil der Experten, auch die eher Konservativen, zähneknirschend das bedingungslose Grundeinkommen als Lösung angeführt haben. Das kam allerdings in einem Moment, in dem wir wenig alternative Lösungen auf dem Tisch hatten. In diesem positiven Szenario ist es also so, dass andere Lösungen gefunden werden, sodass Menschen nicht mehr von einem Arbeitseinkommen abhängen. Dazu gehört das bedingungslose Grundeinkommen, aber auch andere Maßnahmen. In dem Szenario schaffen wir es, global zu kooperieren, zum Beispiel Steuerschlupflöcher zu schließen, Kapitaleinnahmen umzuverteilen etc. In dem positiven Szenario wird viel getan, um staatliche Einnahmen zu erhöhen. So wird auch die Umverteilung des Gewinns aus den neuen Technologien hergestellt – es gibt solche Ansätze schon heute, die zum Teil auch

von CEOs von großen Technologieunternehmen vorgebracht werden. Hierzu gehört zudem so etwas wie die Einführung einer Robotersteuer: Man besteuert nicht mehr das Arbeitseinkommen, sondern beginnt, genauso robotische Arbeit zu besteuern. Ein anderer Ansatz ist, dass man in Unternehmen, die heute anfangen mit künstlicher Intelligenz zu arbeiten, die Mitarbeiter dazu ausbildet, die künstliche Intelligenz zu trainieren, die sie irgendwann ablöst. Die Menschen, die die künstliche Intelligenz trainieren, erhalten dabei Anteile am Unternehmen bzw. an der von ihnen „ausgebildeten“ künstlichen Intelligenz und den daraus resultierenden Gewinnen. Das heißt, ein LKW-Fahrer beginnt als eine Art Investor tätig zu werden und kann davon profitieren, dass er diese KI mittrainiert hat – auch wenn es seinen eigenen, ursprünglichen Job nicht mehr gibt. Das ist jetzt natürlich ein sehr vereinfachtes Bild eines sehr komplexen Ansatzes. Kurz gesagt, es wird versucht, andere Formen von Einkommen herzustellen, wenn wir uns nicht mehr darauf verlassen können, dass es ein ausreichendes Arbeitseinkommen für die gesamte Bevölkerung gibt.

Marie Knäpper:

Für das Eintreten eines positiven Szenarios muss man ja eigentlich annehmen, dass die Politik sich stärker einbringt, oder?

Cornelia Daheim:

Ja, das ist auch unsere Annahme. Es gab auch eine kleine Gruppe der Experten, die sagt, der Markt wird alles richten, aber das war nicht die Mehrheit. Für das Eintreten eines positiven Szenarios braucht es sehr viel politische Einflussnahme. Deshalb ist es wichtig, dass wir das öffentlich diskutieren. In der Transformationsphase, in der wir heute schon sind, müssen wir überlegen, wie Arbeit in ihren Grundprinzipien neu erfunden wird und wie sie funktioniert. Das fängt schon bei der Frage des Arbeitsortes an. Wir müssen für den Großteil der Arbeit, der Wissensarbeit, nicht mehr zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort sein. Das ist ein Flexibilisierungsdruck und häufig auch ein Belastungseffekt, aber es kann auch eine Befreiung sein. Und diese Entwicklungen haben wir noch nicht neu im Griff. Das ist nur ein Beispiel für diese vielen Formen, in der Arbeit neu organisiert und strukturiert wird. Daher sprechen wir von einer Transformationsphase, in der wir auch neue politische Eckpfeiler brauchen.

Ein prägender Faktor in dem positiven Szenario ist eine massive Bildungsoffensive. Auch in vielen anderen Studien zum Thema der Zukunft der Arbeit wird die Dringlichkeit einer Bildungsoffensive klar dargelegt. Experten gehen davon aus, dass sich Arbeit eigentlich in allen Bereichen verändern wird und alle mehr mit Technologie umgehen oder zusammenarbeiten werden. Besonders die Gruppen mit geringerer Bildung und einem schlechten Zugang zur Weiterbildung müssen entsprechend erreicht werden, ansonsten steuern wir auf eine weitere Öffnung der sozialen Schere zu. Wenn man weltweit die Studien zur Zukunft der Arbeit auswertet, sagen wirklich alle, Bildung, Weiterbildung und neue Bildungsformate müssen nach vorne gebracht werden.



Wenn man (auch digitale) Bildung nämlich in die Breite der Bevölkerung streuen will, und nicht nur für den Teil, der Geld hat und ohnehin gut gebildet ist, muss das politisch nach vorne gebracht werden. Und ich finde es ganz wichtig, zu verstehen, dass eine Bildungsoffensive eine kristallklare Schlussfolgerung der Forschung zum Thema ist. Auch wenn man nicht an die Automatisierungsthese glaubt, ist es zentral, dass eine Bildungsoffensive möglichst schnell in die Wege geleitet wird. Wir müssen sicherstellen, dass möglichst wenige Menschen aus dem System rausfallen und nicht unheimliche Schwierigkeiten haben, an Arbeit zu kommen. Denn das bedeutet eine immense Belastung und auch soziale Exklusion, der für diese Bevölkerungsgruppe da ist. In Deutschland, wo wir eine starke soziale Spaltung im Bildungswesen haben, müssen wir wirklich viel tun und sollten das auch bald angehen.

Marie Knäpper:

Wird sich der Wettbewerb und Leistungsdruck in dem negativen Szenario weiter ausprägen? Wie sieht es in so einem Szenario mit der Macht und Einfluss der Arbeitenden aus?

Cornelia Daheim:

Aus meiner Sicht ist das auch eine Grundfrage, die wir uns momentan stellen sollten: Welche Art der Arbeit wollen wir eigentlich?

Da die Welt immer globaler wird, werden diese extremen globalen Einkommens- und Teilhabechancen auch dazu führen, dass man gucken muss, wie wir das global lösen können. Manche sprechen von einem globalen Mindestlohn, weil wir in der Art, wie wir heute Waren produzieren, in Kauf nehmen, dass in anderen Ländern unheimlich schlechte Arbeitsbedingungen herrschen, die wir vielleicht als nicht tragbar empfinden würden, wenn sie sichtbar wären. Durch die „Unsichtbarkeit“ wird das jetzt noch „mitgeschliffen“, aber in der nächsten Nachhaltigkeitsphase wird so etwas auch Thema sein. Die Frage ist damit auch: Wie können wir eine global gerechtere Verteilung und Teilhabe ermöglichen, um das Konfliktpotenzial weltweit zu verringern? Das positive Szenario sagt auch, dass wir insgesamt „umkehren“ und unser Leben und Wirtschaften neu gestalten werden. Arbeit wird neu verstanden. Man kann mit Arbeit vielleicht nicht seinen ganzen Lebensunterhalt finanzieren, und muss es auch nicht mehr, sondern merkt, dass man auch andere Möglichkeiten zum Einsatz seiner Fähigkeiten wahrnehmen kann. In vielen Teilen der westlichen Welt kann man Anzeichen dafür sehen, dass ein Auto oder Status nicht mehr so wichtig sind, und die Menschen sich auch nicht mehr für 60 Stunden die Woche „krumm machen“ wollen.

Sie fangen an, eher nach Sinn, Gemeinschaft und werthaltiger Arbeit zu streben. Das denkt das Szenario zu Ende und nimmt an, dass ein Großteil der Menschen so arbeiten möchte und sich auch diesen Kontext schafft – ob sie jetzt bezahlt werden oder nicht, sie machen das einfach. Es gibt Arbeit, die sie noch machen, wenn sie Zeit haben. Menschen werden also in diesem

Szenario vermehrt freiwillig Arbeit für Nachbarschaftsgruppen, Klimagruppen etc. leisten, weil sie das wichtig finden und weil sie es können. Dieser Sinn des Tuns wird zum neuen Maßstab des Lebensstandards. Denkt man das zu Ende, setzt dieses neue Paradigma allerdings voraus, dass wir (im Westen) nicht unbedingt mehr besitzen und konsumieren möchten. Hier gilt es natürlich die unterschiedlichen Lebensstandards zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu bedenken. Aber im Kern ist das Leitbild im positiven Szenario, dass das alte Paradigma des Wachstums und des Gewinns von Status und Lebensqualität durch mehr Einkommen und Konsum abgelöst wird, hin zur Orientierung am Qualitativen und am Sinn, mit durchaus weniger Konsum und Besitz als bisher. Und diese Orientierung hat durchaus bereits heute besonders in jüngeren Generationen einen breiten Boden. Das Szenario traut sich zu sagen, dass das den Großteil der Menschen repräsentiert, und sie werden mitmachen, wenn es ihnen ermöglicht wird, an einer solchen Entwicklung wirklich teilzuhaben.

Aus meiner Sicht ist es richtig und wichtig, dass wir uns das trauen, solche positiven Optionen und Zukunftsbilder darzustellen. Es wird viel über die Szenarien diskutiert, und ich führe die sich dabei oft entzündende Frage „Ist das denkbar?“ auf das Menschenbild zurück. Mit einem eher kritischen Menschenbild gehen wir davon aus, dass eine solche Gesellschafts- und Wirtschaftsform nicht machbar ist, mit einem eher positiven Menschenbild wird es vorstellbar. Klar ist auch, dass es andere Strukturen bräuchte, die es möglich machen, dass alle Menschen sich Fähigkeiten erarbeiten und auch Formen der Teilhabe finden.

Wie wollen wir Arbeit haben und verstehen? Das ist eine zentrale Frage. Wir dürfen also nicht nur die Technologisierung sehen und auf diese reagieren, sondern müssen uns fragen, welche Zukunft wir uns wünschen, und zu welchem Ziel wir die Technologie einsetzen wollen. ■

Cornelia Daheim – Gründerin und Inhaberin von Future Impacts Consulting (www.future-impacts.de) und verantwortlich für den deutschen Knotenpunkt des Millennium Projects

Links:

Deutschsprachige Zusammenfassung des ersten Teils der „Future Work/Tech 2050“-Studie:
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BST/Publikationen/GrauePublikationen/BST_Delphi_Studie_2016.pdf

Informationen zum Millennium Project
<https://future-impacts.de/millennium-project/>

Die Szenarien des Millennium Project (englischsprachig):
<http://www.millennium-project.org/future-work-technology-2050-global-scenarios/>

Informationen zum Gesamtprojekt (englischsprachig):
<http://www.millennium-project.org>